



# NEWSLETTER

## FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND



Foto: Riepe

**„Die Freiheit  
von Presse und  
Kunst ernst  
verteidigen!“**

*Moin!*

## „SCHAH-PARAGRAF“ ABSCHAFFEN

*Keine Sondergesetze für „Majestäten“*

Es wirkt wie ein Stück Real-  
satire: Weil Komiker Jan  
Böhmermann ein Schmäh-  
gedicht auf den türkischen  
Präsidenten Erdogan vortrug,  
ermittelt nun die Staatsan-  
waltschaft wegen „Majes-  
tätsbeleidigung“. Denn der  
1953 wieder eingeführte § 103  
Strafgesetzbuch (StGB), der es  
verbietet, Vertreter ausländi-  
scher Staaten zu beleidigen,  
stammt ursprünglich aus einer  
Zeit, als Deutschland noch  
einen Kaiser hatte. Es ist allein  
die Entscheidung von Bundes-  
kanzlerin Angela Merkel, die  
dies erlaubt und die SPD-  
Vertreter in der Bundesregie-  
rung überstimmt hat.

Natürlich steht es dem türki-  
schen Präsidenten zu, gegen  
Böhmermanns Gedicht ge-  
richtlich vorzugehen. Neben

dem Antrag auf Strafverfol-  
gung nach § 103 StGB hat Erdo-  
gan auch eine „ganz normale“  
Anzeige wegen Beleidigung  
eingereicht. Es ging bei der  
Entscheidung also lediglich  
darum, welches Strafmaß an-  
gewandt wird: Bei Beleidigung  
nach § 185 StGB ist dies ein  
Jahr, bei „Majestätsbeledi-  
gung“ dagegen bis zu drei  
Jahren Freiheitsentzug. Diese  
Differenz hat die Bundeskanz-  
lerin zu verantworten.

Die Konsequenzen aus der  
Affäre sind daher klar: Der  
„Schah-Paragraf“ muss abge-  
schafft werden – und zwar  
nicht erst 2018, wie es die CDU  
und Kanzlerin Merkel wollen,  
sondern sofort. Sondergesetze  
für „Majestäten“ sind in einer  
modernen Demokratie fehl am  
Platze.

Die CDU gibt die Blockade endlich  
auf: Kürzlich haben sich die Spitzen  
der Koalition bei ihrem Treffen auf  
wegweisende Projekte verständigt.

Im Bereich Leiharbeit und Werk-  
verträge soll künftig beispielsweise  
selbständige Arbeit deutlich von  
abhängiger abgegrenzt werden,  
um Scheinselbständigkeit zu unter-  
binden. Und Betriebsräte erhal-  
ten das Recht, über den Einsatz  
von Werkverträgen informiert zu  
werden. Ein erster Schritt in die rich-  
tige Richtung!

Schon seit einiger Zeit trete ich  
dafür ein, die Personalzahlen bei  
der Polizei anzuheben. Nun hat  
die rot-grüne Landesregierung in  
Hannover für den Landeshaushalt  
150 neue Stellen für Polizeianwär-  
terInnen beschlossen – das ist ein  
wichtiges Signal für eine Gesell-  
schaft, in der sich jede und jeder  
sicher fühlen kann.

*Ever 12's*

# GEGEN ALTERSARMUT: GESETZLICHE RENTE STÄRKEN

*Solidarische Finanzierung auch durch Besserverdienende*

Nach jetzigen Prognosen fällt das gesetzliche Rentenniveau bis 2030 auf 44 Prozent ab. Auch betriebliche Altersvorsorge und Riester-Rente fangen diese besorgniserregende Entwicklung derzeit nicht

auf. Damit können wir uns als solidarische Gesellschaft nicht abfinden. Wir brauchen eine grundsätzliche Neuorganisation unseres Rentensystems, ein „Herumdoktern“ an Symptomen genügt nicht.

70 das Rentenniveau verdeckt zu kürzen, hat die SPD dabei schon eine klare Absage erteilt.

Stärken müssen wir neben der betrieblichen und der Riester-Rente auch und vor allem die gesetzliche Säule. Derzeit sind etwa kleine Selbständige, die im Alter überdurchschnittlich oft von Armut bedroht sind, nicht von der gesetzlichen Rente abgedeckt. Wir müssen aber auch gerade Besserverdienende viel stärker einbeziehen, statt die Renten von denjenigen zu kürzen, die ohnehin schon jeden Cent zweimal umdrehen müssen. Hier brauchen wir dringend eine solidarische Finanzierung, die niemanden im Regen stehen lässt.

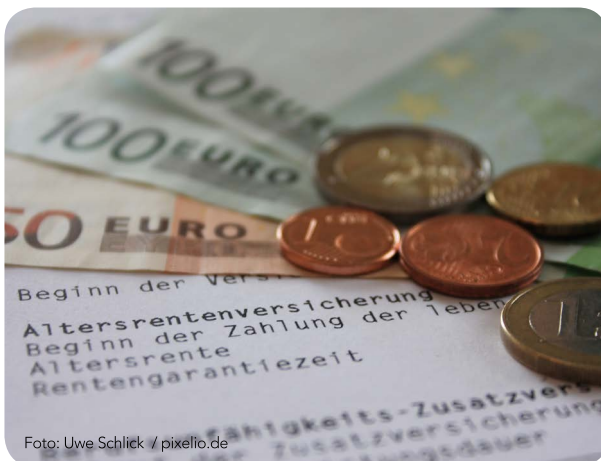


Foto: Uwe Schlick / pixelio.de

Deswegen ist es gut, dass die Bundesregierung im Herbst, nach der Veröffentlichung des Rentenberichts, Reformen zur Stärkung der Alterssicherung auf den Weg bringen will. Vermeintlichen Lösungen wie dem Vorschlag von Finanzminister Schäuble, durch eine Rente mit

# OPFER SEXUELLER GEWALT ENDLICH BESSER SCHÜTZEN

*Gesetzentwurf zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung*

Sexuelle Übergriffe sind eine schwere, unentschuldbare Form von Gewalt. Im Deutschen Bundestag wird derzeit das Gesetz zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung beraten. Jede sexuelle Handlung, die gegen jemandes Willen stattfindet, ist eine Straftat. Der Gesetzentwurf schließt erhebliche Strafbarkeitslücken: In Zukunft sollen unter anderem auch die Fälle sexueller Gewalt strafrechtlich verfolgt werden, bei denen das Opfer sich aufgrund eines Überraschungsmoments nicht wehren kann.

Bisher blieben Übergriffe oft straffrei, weil das Opfer durch den Schock keinen körperlichen Widerstand leisten konnte. Am Gesetz-

entwurf besteht allerdings noch Nachbesserungsbedarf in einem wichtigen Aspekt: Es bedarf der „Nein heißt Nein“-Lösung, gegen die die CDU sich bisher vehement sperrt. Es muss für eine strafrechtliche Verfolgung ausreichen, dass ein Opfer sexueller Gewalt seinen Unwillen deutlich gemacht hat. Das fordern wir in der SPD schon lange.

Auf dem Weg zum bestmög-

lichen Schutz sexueller Selbstbestimmung ist der beratene Gesetzentwurf jedoch ein wichtiger erster Schritt.



Foto: Tim Reckmann / pixelio.de





1. April - Zusammen mit dem Ortsverein Westerstedde habe ich das Gesundheitszentrum „Apothekervilla“ besucht.



5. April - Vortrag bei den Europäischen Föderalisten Oldenburg über die Entwicklung der europäischen Integration.



6. April - Austausch mit dem Vorstand des Bürgerbusses in Petersfehn sowie der örtlichen SPD über das Thema Mobilität auf dem Land.



14. April - Gespräch mit dem Oldenburger Künstler Aaron Rahe - drei seiner Gemälde ziehen in mein Berliner Büro ein.



14. April - Mit meiner Kollegin Karin Evers-Meyer aus Wilhelmshaven bei einer Besichtigung der Baustelle des Berliner Stadtschlösses.



16. April - Grußwort beim Programmparteitag des SPD-Unterbezirkes Oldenburg mit Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms.



18. April - Informationsbesuch bei der Abfallverwertungsfirma Plömacher in Metjendorf zusammen mit Vertretern des SPD-Ortsvereins Wiefelstede.



18. April - Minister Olaf Lies übergibt einen Förderbescheid über 1,1 Mio. Euro für Erdgasbusse an OB Jürgen Krogmann. Foto: Muhannad Mhisen



## BREITBANDBAU

### 50.000 Euro Bundesförderung für den Landkreis Ammerland

Am 26. April durfte ich zusammen mit dem Baudezernenten des Landkreises Ammerland, Dr. Thomas Jürgens, im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in Berlin den Förderbescheid zum Breitbandausbau im Ammerland von Bundesminister Alexander Dobrindt entgegennehmen.

Schnelles Internet ist mittlerweile unverzichtbar, um voll am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu können – egal, ob man in der Stadt oder auf dem Land wohnt. Deswegen freue ich mich, dass der Bund die Bemühungen des Landkreises unterstützt. Als Haushaltspolitiker werde ich auch weiter-

hin darauf achten, dass für den Breitbandausbau genügend Geld zur Verfügung gestellt wird.

Mit der Förderung von 50.000 Euro, die der Deckung von Planungs- und Beratungskosten dienen, will der Landkreis den Ausbau des Breitbandnetzes im Südwesten des Ammerlandes vorantreiben.



## EHRENAMT STÄRKEN

### Impulse aus dem Ammerland umsetzen

Bei der Veranstaltung zum Thema „Lebenswerte Heimat“ in Godesholt mit meiner Fraktionskollegin Svenja Stadler, Bürgermeister Matthias Huber und Markus Löwer vom Regionalentwicklungs-Dienstleister Niedersächsische Landgesellschaft entwickelte sich eine lebhaft Diskussion rund um die Entwicklung auf dem Land.

Es wurde deutlich, dass insbesondere ehrenamtliches Engagement von entscheidender Bedeutung ist. Die Gemeinschaft auf dem Land lebt davon, dass die Leute sich einbringen. Deswegen muss Engagement klug gefördert und die Wertschätzung für die Helferinnen und Helfer deutlicher

werden. Eine Ehrenamtskarte, mit der Freiwillige Vergünstigungen in kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern erhalten, wäre ein gutes Beispiel. Hierfür die richtigen bundespolitischen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist eine Aufgabe, die ich gerne aus Godesholt mit nach Berlin nehme.



## FSJ POLITIK/DEMOKRATIE

### Freiwilliges Soziales Jahr in meinem Berliner Büro

Ein Jahr lang die Schaltstellen der Demokratie kennenlernen und den politischen Alltag erleben: **Das bietet das Freiwillige Soziale Jahr Politik / Demokratie.**

Im Rahmen des FSJ suche ich eine(n) Interessierte(n), die oder der ab September 2016 ein Jahr lang meine Arbeit im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und im Haushaltsausschuss unterstützen und erfahren möchte, wie wir in Berlin Politik gestalten und sie im Dialog mit der Öffentlichkeit vermitteln.

Bewerberinnen und Bewerber müssen zwischen 16 und 26 Jahren alt sein und sollten über Kenntnisse der Region Oldenburg - Ammerland verfügen.

Interessierte senden eine aussagekräftige Bewerbung mit Anschreiben und Lebenslauf per E-Mail bis zum 31. Mai an **dennis.rohde@bundestag.de**.

Mehr Infos zum FSJ: [www.ijgd.de](http://www.ijgd.de)

## DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

### Berliner Büro

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 72 800  
Fax: 030 - 227 76 800

eMail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Huntestraße 23  
26135 Oldenburg

Telefon: 0441 - 99 86 76 01  
Fax: 0441 - 99 86 76 05

eMail: [wahlkreis@dennis-rohde.de](mailto:wahlkreis@dennis-rohde.de)

[www.dennis-rohde.de](http://www.dennis-rohde.de)  
[facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)  
[twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)